

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabend.
Preis vierpfennig durch
die Post bezogen 1,20 M.
eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6462.

Ausgabepreis:
50 Pf. für die 3 geplatt.
Postzettel.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzettel-Nr. 358-15. Poststelle Hannover.

Verlag von A. Bieg.

Druck von C. W. S. Meißner & Co., belbe in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Prößl, Hannover.

Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistr. 7, II. — Fernsprech-Anschluß Nord 9985—9994

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1928.

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeföhrten Neuwahlen wiederum in den Monaten März/April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskarten des AfA-Bundes in den Monaten Februar/März 1928 gemeinsam durchzuföhrn. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Diesen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuföhrn, ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Mit gebend für die Durchführung der Wahlen sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll S. 419/420) und die Richtlinien des AfA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hierach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleieter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstößen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe auf Kosten des Arbeitgebers herstellen zu lassen. Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsausschüsse und die Ortskarten von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Arbeitgeber glaubten durch die Gründung von Werkvereinen die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und der Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Dass diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, dass die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzuklären und zu tägigen Gewerkschaftsmitgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole für die Betriebsvertretungswahlen 1928 ist:

Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten!

Gegen Werkgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse!

Berlin, 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die Tagung des IGB in Berlin.

II.

Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes konnte auch auf der Tagung in Berlin zu einer Lösung der Reorganisationsfrage nicht kommen. Weder wurde der Sitz der Gewerkschaftsinternationale bestimmt, noch der Vorsitzende gewählt. Die Mehrheit der eingesetzten Kommission zur Klärung der Reorganisationsfrage hatte sich für Berlin als Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes entschieden, die Minderheit für Brüssel. Nach einer sehr ausführlichen Aussprache, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten und die sachlichen organisatorischen Vorzeile von Berlin und Brüssel sehr sorgfältig abwogen, beschloß die Konferenz, auf Antrag der deutschen Delegation, die Wahl des Bundesrates und auch die Wahl des Vorsitzenden auf die nächste Sitzung zu verschieben. Der Vertragsertrag wurde insbesondere damit begründet, daß die Ver-

treter mehrerer Länder kein bestimmtes Mandat hatten und ohne ein solches einem so weittragenden Beschluß nicht zu stimmen wollten. Die nächste Ausschusstagung soll nach sechs Monaten stattfinden. Wenn auch zu diesem Punkt kein bestimmter Beschluß gefasst würde, so kann doch festgestellt werden, daß die verschiedenen Fragen in einer sehr sachlichen und die Interessen aller Länder berücksichtigenden Weise geklärt würden. Nach Rücksprache mit ihren Organisationen werden die Ausschusmitglieder in der Lage sein, auf der nächsten Sitzung eine endgültige Lösung zu finden.

Zur Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Paris lag eine den internationalen Kampf für den Achtstundentag betreffende Entschließung vor. Der Pariser Kongress hat dem IGB zwei Aufgaben gestellt:

1. zu untersuchen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundensabkommen zu beschleunigen;

kommande Jahr einstimmig genehmigt. Die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1928 ergaben ein zufriedenstellendes Bild der Finanzlage des IGB.

Nach einigen geringfügigen redaktionellen Änderungen wurden die vom Pariser Kongress aufgestellten neuen Satzungen des IGB endgültig gutgeheissen.

Zum Schlusse genehmigte der Ausschuss die Anschlüsse des Arbeiterverbandes an Südwälfafrika und des estnischen Gewerkschaftsbundes. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, betreffend die von der Internationale der Privatangestellten beantragte Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie die Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Hilfsaktion einlaufenden Beiträge bis zur nächsten, in sechs Monaten in Amsterdam stattfindenden Ausschusstagung vertagt.

Internationale gewerkschaftliche Kundgebung.

Im Rahmen der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes veranstaltete der Berliner Ortsausschuss des ADGB am 18. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus eine große internationale gewerkschaftliche Kundgebung, zu der die bekanntesten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung eingeladen und auch erschienen waren. In seiner Antwortrede auf die Begrüßung der Gäste durch den Genossen Sabath betonte Jouhaux, daß der Gedanke der internationalen Solidarität kein leeres Wort sei und daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt angesichts der wachsenden Konzentration des Kapitals noch mehr als bisher ihre Kräfte international zusammenfassen müsse. Der Gedanke der Völkerversöhnung müsse nicht nur propagiert werden, sondern jeden einzelnen Gewerkschafter beeinflussen. Ein jeder Gewerkschafter müsse ein Kämpfer gegen die Kriegsgefahr sein.

Hicks, der Vertreter des englischen Gewerkschaftsbundes, sprach die Hoffnung aus, daß die Verbindung mit den deutschen Gewerkschaften sich noch freundlicher gestalten möge als bisher. Er erinnerte an die schweren Wirtschaftskämpfe, die die englischen Arbeiter in den letzten Jahren zu führen hatten. Auf die sogenannten Friedensverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverbande eingehend, bemerkte er, daß darüber viel Unruhe berichtet wird. Die englischen Gewerkschaften sind gezwungen mit den Kapitalisten nach Industrien zu verhandeln, da sie keine Einrichtungen besitzen, um von zentraler Stelle aus zu verhandeln, wie z. B. die deutschen Arbeiter im Reichswirtschaftsrat. Es besteht bei den englischen Gewerkschaften nicht die geringste Absicht, mit diesen Verhandlungen die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit preiszugeben, ihre Kampf- und Stoßkraft lämigen zu lassen oder sich gar den Kapitalisten ausliefern zu wollen.

Madsen, der greise Generalsekretär der dänischen Gewerkschaften, übermittelte der deutschen Gewerkschaftsbewegung den Dank der dänischen Arbeiter für die finanzielle Unterstützung, die sie den dänischen Arbeitern in ihren schweren Wirtschaftskämpfen stets zuteil werden ließen.

Smit, der Sekretär der Angestellten-Internationale erinnerte daran, daß es in allen Ländern noch viele Angestellte gibt, welche die Reihen der reaktionären Parteien stärken. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung sei für die ausländischen Gewerkschafter stets das Vorbild gewesen. Er sei überzeugt, daß sie es auch in Zukunft bleiben werde.

Das Internationale Arbeitsamt im Jahre 1927.

Die Zahl der Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) betrug auch im Jahre 1927 55. Es haben also Spanien und Brasilien nach ihrer Kündigung beim Völkerbund weiter aktiv innerhalb der IAO mitgearbeitet. Besonders Spanien hat ausdrücklich erklärt, daß es auf diese weitere Zusammenarbeit den allergrößten Wert legt.

Die Zahl der Ratifizierungen ist im Laufe des Jahres 1927 von 215 auf 248 gestiegen. Die Erhöhung ist 33 gegenüber 29 in der gleichen Zeit des Vorjahres, und daher von erfreulicher symbolischer Bedeutung für die Ratifizierungspolitik des Amtes. Die Vereinbarungen, die von der größten Zahl von Ländern ratifiziert worden sind, sind die Vereinbarungen über die Arbeitslosigkeit (ratifiziert von 21 Staaten), über das Verbot der Nacharbeit für Jugendliche (18), über das Mindestalter der Erhaltung zur Arbeit auf See (18), über das Vereins- und Kooperationsrecht für Landarbeiter (16), über das Verbot der Nacharbeit für Frauen (16), das Mindestzulässtalter zur Arbeit als Trimmer und Heizer (16).

Mindestens diefele Bedeutung wie die Ratifizierung an sich hat natürlich die Durchführung der Vereinbarungen in den einzelnen Ländern. Im Jahre 1927 ist dafür ein neues Verfahren angewandt worden. Nach Artikel 408 des Friedensvertrages sind die ratifizierenden Länder verpflichtet, dem IAO über ihre Durchführung zu berichten. Diese Berichte sind nun zum ersten Male von einer besonderen Kommission geprüft worden. Bei einzelnen Staaten geben die Berichte Anlaß zu Reklamationen. Es ist anzunehmen, daß dieses neue Verfahren nach und nach zu einer immer besseren Durchführung der internationalen Vereinbarungen in den einzelnen Ländern führen wird.

Von besonderer Bedeutung war im Jahre 1927 die 10. Arbeitskonferenz, die vom 25. Mai bis 16. Juni in Genf kaupte. Auf ihr waren 49 Staaten, also fast vier Fünftel aller Mitgliedsstaaten, vertreten. Die Arbeitskonferenz behandelt die internationale Regelung der Krankenversicherung, das Kooperationsrecht für gewerbliche Arbeiter und das Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen.

Die erste Frage wurde endgültig erledigt. Die Konferenz beschloß zwei internationale Vereinbarungen über die Krankenversicherung, wovon das eine für die Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und die Haushalte, das andere für die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft gilt. Weiter wurde ein Vorschlag über die allgemeine Grundlage der Krankenversicherung einstimmig

Warte

mit deinem Beitrag zum Verbands nicht, bis du vor fertigen Taschen steht. Du weißt, die Tarifverträge laufen ab. Sollte deren Niedergang durch Verhandlungen

nicht

möglich sein — was heute niemand wissen kann — und es kommt zum Streik, dann stehst du mit deiner Familie mittellos da und siehst sträflicherweise

zu

wie deine Frau und deine Kinder bringen. Kannst du das verantworten? Als guter Vater, Sohn und Arbeitkollege mußt du dem Verbands beitreten. Dann bekommst du deine Unterstützung, mag der Kampf dauern, so

lange

er will, und du bist von deinen Kollegen und Kolleginnen geachtet. Also fue deine Pflicht undfülle diesen Aufnahmeschein aus!

angenommen, in dem der Anwendungsbereich, die Leistungen, die Organisation der Versicherung, die Ausbringung der Mittel und die Erledigung von Leistungstreitigkeiten behandelt sind.

Die zwei anderen Fragen wurden in erster Beratung nach dem auf der 10. Arbeitskonferenz zum ersten Male angewandten Verfahren diskutiert. Dabei wurde das Verfahren über die Festschreibung von Mindestlohn in erster Beratung verabschiedet. Diese Frage soll in zweiter Beratung auf der Arbeitskonferenz 1928 endgültig erledigt werden: Bei der ersten Beratung der Frage des Koalitionsrechts gelang es hingegen nicht, die erforderliche Mehrheit für die Festschreibung eines Fragebogens, der Voraussetzung für eine zweite Beratung im Jahre 1928 ist, zu gewinnen. Die Konferenz lehnte vielmehr mit Mehrheit sowohl den vom Ausschuss vorgelegten Fragebogen, als auch einen Antrag, diese Frage auf der nächsten Konferenz nochmals zu behandeln, ab. Von Wichtigkeit ist sichtlich der Beschluss der Konferenz, häufig die Reden in anderen Sprachen, als den sogenannten offiziellen Sprachen, durch amtliche Übersetzer übersetzen zu lassen, wenn diese dazu in der Lage sind. Dieser Beschluss kommt insbesondere den deutschen Vertretern zugute. Er geht ebenso wie der Beschluss, den Wortlaut der Übervereinbarungen und Vorschläge vom Internationalen Arbeitsamt in andere als die „offiziellen“ Sprachen zu übersetzen und beim Sekretariat des Völkerbundes zu hinterlegen, auf einen Antrag der deutschen Regierung zurück.

Von den Sitzungen, die der Verwaltungsrat (VR) im Jahre 1927 abhielt, ist von besonderer Bedeutung die Oktober-Sitzung in Berlin. Hier wurde die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1928 festgelegt. Die Arbeitskonferenz beginnt am 30. Mai in Genf. Zur Verhandlung stehen 1. das Verfahren zur Festschreibung von Mindestlohn, 2. Unfallverhütung einschließlich der Unfälle, die bei der Kuppelung von Eisenbahnwagen entstehen. Weiter beschloß der VR, im Jahre 1929 zwei Arbeitskonferenzen abzuhalten. Darauf soll die außerordentliche Konferenz der Behandlung von Seelenfragen dienen. Die ordentliche Konferenz wird außer der Diskussion des Direktoriatsberichts und der ersten Regelung der Zwangsarbeit für Eingeschorene sich mit Fragen beschäftigen, die der VR in der Januartagung 1928 erst noch feststellen soll. Vorgeschlagen sind internationale Regelung der Arbeitslosenversicherung sowie Fragen, die das Angestelltenrecht betreffen.

Auch mit den sozialen Fragen der geistigen Arbeiter beschäftigte sich das IAA, im vergangenen Jahre. Es wurde eine Kommission für geistige Arbeiter geschaffen, in der drei Mitglieder des VR und zwei Mitglieder der Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit des Völkerbundes vertreten sind. Diese Kommission hat bereits einmal getagt und beschlossen, zunächst die Frage der Entschädigung der Journalisten zu behandeln, deren Zeitung die politische Richtung wechselt. Weitere die Konkurrenz kauft für technische Angestellte, die Arbeitsvermittlung für Schauspieler sowie das Recht des Angestellten-Erfinders und die Arbeitslosigkeit von Intellektuellen.

Von weiteren Kommissionen des IAA sagten die Marinakommission im Januar, die Landwirtschaftskommission im Januar, die Arbeitslosenkommission im Juni, die Kommission für Erbgaborenarbeit im Juli, die Unterkommission für Unfallverhütung im November.

Von Bedeutung sind auch die Arbeiten des IAA, in bezug auf wirtschaftliche Fragen. Zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat das IAA eine Reihe von Spezialstudien vorbereitet. Es hat im Hinblick darauf, daß Sozialpolitik nicht ohne Rücksicht auf die Wirtschaft betrieben werden kann, den wirtschaftlichen Fragen eine immer größere Aufmerksamkeit gewidmet. Von diesem Geiste war auch seine Zusammenarbeit mit der Weltwirtschaftskonferenz getragen. Diese Zusammenarbeit wird künftig fortgesetzt werden, denn auf Einladung des Völkerbundsrats hat der VR drei Arbeitserichter aus seiner Mitte, Karrer, von deutscher Seite Herrn Hermann Müller vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, als Mitglieder des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes bestimmt.

Die Flüchtlingsübernahmabteilung des IAA vermittelte ohne die armenischen Flüchtlinge insgesamt 3000 Flüchtlinge, davon 2600 in Europa, 200 in Nordamerika, 300 in Südamerika und 500 in anderen Teileien. Weitere sind ermerkte Flüchtlinge in einer Anzahl von 500 in Syrien vermisst worden.

Die wissenschaftliche Arbeit des IAA war im Jahre 1927 sehr bedeutend. Außer den periodisch erscheinenden Schriften, der Gesetzes- und der Internationalen Sammlung der Arbeitszeitdokumentation in deutscher, englischer und französischer Sprache, sind eine Zahl wissenschaftlicher Arbeiten zum Teil abgeschlossen oder den in Druck genommen worden. So wurde eine Zusammenfassung des Arbeitsrechts in den südamerikanischen Ländern vorbereitet und die Studie über die Koalitionsrechte endgültig abgeschlossen. Diese Studie erscheint in fünf Bänden, von denen der erste Band bereits erschienen ist. Zwei große Werke, eines über die obligatorische und das andere über die freiwillige Krankenversicherung, sind ebenfalls bereit gestellt. Das Werk über die obligatorische Krankenversicherung liegt bereits in französischer Sprache vor. Die deutsche Ausgabe wird in nächster Zeit erscheinen. Weiter wurde die Erhebung über die Arbeitsbedingungen in Schlechterwerken ziemlich beendet. Auf dem Gebiete des internationalen Angestelltenrechts wurde eine Studie über die Arbeitszeit der Angestellten sowie den Lohnansatz vorbereitet. Eine neue große Studie über die Woh-

nungsprobleme Europas ist ebenfalls in Vorbereitung. Daneben wurde eine besondere Studie über die Wohnungssituation veröffentlicht. Auch die Sonderstudie über die Lebensbedingungen und die Arbeit der Journalisten ist fast beendet.

Alles zusammengekommen, zeigt die Arbeit des IAA, im Jahre 1927 auf allen Gebieten von einer großen Anstrengung die Kenntnis über die sozialen Probleme aus allen Ländern der Welt zu verbreiten und die Grundlage des Arbeitsschutzes international immer stärker durchzuschlagen.

Lehren der amerikanischen Trustgesetzgebung.

Da der Kapitalismus jetzt überall den Schritt von der freien Konkurrenz zur organisierten Wirtschaft getan hat oder zu tun im Begriffe ist, ist eines der aktuellsten Probleme der Allgemeinheit zu dieser organisierten Wirtschaft. Die Allgemeinheit kann nicht ruhig zusehen, wenn vor ihren Augen der Prozeß der Organisation der Wirtschaft so weit fortgeschreitet, daß ein Großer oder einige Große, die sich zu bestimmten Zusammenschlüssen haben, den Markt für eine bestimmte Ware absolut beherrschen, so den Preis diktionieren können und zu anderen Machtmitteln in der Lage sind. Diese Probleme wurden schon Ende vorigen Jahrhunderts in den führenden kapitalistischen Ländern brennend, haben aber wohl heute in keinem Lande eine solche Bedeutung wie in Deutschland, denn in diesem Lande der auf organisatorischem Göttel besonders begabten Menschen ist der Schritt von der freien Konkurrenz zum Monopol so rapid gegangen worden, daß heute keine Wirtschaft einen so hohen Stand der Organisation aufweist wie die deutsche.

Die deutschen Gewerkschaften, deren Mitglieder einmal als Arbeitnehmer und zweitens als Konsumenten von der Ausweitung der freien Konkurrenz stark benachteiligt werden, haben des öfteren auf dies Problem hingewiesen, so Anfang dieses Jahres ein Programm ausgearbeitet, dessen Durchführung die schlimmsten Machtmittelbrüche beiseitigen würde. Seitens der Deutschen Geschetzgebung ist aber nichts wesentliches geschehen. Wir haben zwar eine Verordnung gegen „Machtkräfte wirtschaftlicher Machtstellung“, aber diese hat sich noch nicht so ausgewirkt, daß wir ihr irgendwie größere Bedeutung beimessen können. Dies ist um so mehr zu bedauern, da andere Länder auf dem Wege gesetzgeberischer Maßnahmen Musterlösungen in dieser Frage geleistet haben. Als besonderes Vorbild werden immer wieder die Vereinigten Staaten von Amerika hingestellt.

Das schon 1890 nach langem Hin und Her angenommene Sherman-Gesetz bestimmt, daß jede Vereinbarung über die Beschaffung der Gewerbe- und Handelsfreiheit im Innen- und Außenhandel ungesehlich sei und daß jede Person, die im Innen- oder Außenhandel ein Monopol bilden oder zu bilden versucht, sich strafbar mache. Das Gesetz ist sehr allgemein gehalten, gibt nur den äußersten Rahmen und überläßt alles den ausführenden Organen. Die Gegner einer Antitrustgesetzgebung werden nicht müde, immer wieder zu betonen, daß dies Gesetz völlig versagt habe, daß es trotz des Sherman-Gesetzes große Trusts in Amerika gebe, ein Antitrustgesetz also zu nichts nahe sei. Viele haben etwas über große amerikanische Trusts gehört und sind deswegen sehr geneigt, diese Behauptungen zu glauben. Ohne Zweifel ist richtig, daß auf Grund dieses Gesetzes nicht allzu oft gegen große Trusts vorgegangen wurde. Aber wir müssen uns doch auch an den Wortlaut des Gesetzes halten. Dieses verbietet nur Kartelle und Trusts, die den Gesamtmarkt irgendeiner Ware monopolistisch beherrschen. Deratige Kartelle und Trusts sind auch in Amerika kaum aufgetreten. Organisationen wie die deutschen Kartelle gibt es nicht, die großen Trusts beherrschen sie den Markt völlig, sondern nur immer zu einem gewissen Prozentsatz, wie etwa 50 oder 60 v. H.

Aber wir dürfen uns nicht nur an den Wortlaut des Gesetzes halten, sondern müssen ganz allgemein die Frage stellen, ob das Gesetz den Prozeß der Organisierung der Wirtschaft irgendwie beeinflußt hat. Den Amerikanern wurde es außermäusig klar, daß die Bildung von Kartellen und Trusts nicht aufzuhalten ist, aber irgendwelche Machtmittelbrüche verhindert werden müssen. So wurde die Parole gebildet: „Wir wollen uns nur gegen schlechte Kartelle und Trusts wenden, nicht aber gegen gute.“ Die Frage war: Was heißt guter, was heißt schlechter Trust? Die Beantwortung dieser Frage wurde somit zum Kernproblem der amerikanischen Trustgesetzgebung. Die Amerikaner verlangen von jedem Trust den Nachweis, daß er keine unsaigen Geschäftsmethoden anwendet, daß er die Arbeiter weder in ihrer Funktion als Produzenten noch in ihrer Funktion als Konsumenten ausbeute, sie verlangen speziell, daß ein jeder Trust amfangreiches Material über seine Geschäftsmethoden der Kontrollbehörde, der Federal Trade Commission, unterbreite, damit so allen die Möglichkeit gegeben sei, sich ein Urteil über die Geschäftsmethoden eines solchen Unternehmens zu bilden. So wurde etwas in Amerika erreicht, was mit Recht von den deutschen Gewerkschaften den deutschen Unternehmern immer wieder als Muster hingestellt wird: Die großen Firmen unterstreichen der Öffentlichkeit über ihre Geschäfte ein viel aufschluß-

reichendes Material als die bestreiten. Über jede große Firma wird vierteljährlich ein so umfangreicher Bericht herausgestellt, daß sich jeder eine eigene Karte darüber bilden kann, ob es für die Unternehmer tragbar wäre, die Firma zu kaufen oder die Preise zu senken.

Die amerikanischen Unternehmen haben gelaufen, so kennzeichnete früher einmal diesen Zustand, daß das Geschäftsgeheimnis weitgehend aufgehoben ist. Die Unternehmen müssen gläsern sein, weil eben ein Antitrustgesetz bestellt, das das Einbrechen gegen jede Firma ermöglicht, die als unsaiger Trust bekannt geworden ist. Gegen solche unsaigen Trusts ist vielfach eingeschritten worden. Hingewiesen sei auf die in den ersten Jahren des Bestehens des Gesetzes vorgenommenen Auflösung der Standard Oil und des Tabaktrusts sowie auf das Verbot des Brotnutes, dessen bedeutsame Bildung vor einigen Jahren mit Recht die Öffentlichkeit erregte. Dagegen wurde 1920 das von vielen geforderte Vorgehen gegen den Stahltrust abgelehnt, weil die Prüfung der Papiere ergab, daß kein Machtmittelbruch vorlag.

Dieser Schwung zur Geschäftsführung mit gläsernen Taschen ist der wichtigste Erfolg des Antitrustgesetzes. Alle anderen Einzelheiten spielen eine geringere Rolle. Nur zwei Taschen seien erwähnt: Die Exporteuren dürfen sich heute in Kartellen und Trusts zusammenstellen, doch nur für den Kampf um den Weltmarkt. Zwischen ist darauf aufmerksam gemacht, daß versucht wurde, die Gewerkschaften als eine Organisation hinzustellen, die das Monopol für eine bestimmte Ware, nämlich der Arbeitskraft, habe oder anstrebe und deswegen auf Grund des Sherman-Gesetzes zu verbieten sei. Die Gefahr, daß ein von den Gewerkschaften gefordertes Gesetz sich gegen die Gewerkschaften selbst richtet würde, war zeitweilig sehr groß, doch wurde schließlich entschieden, daß die Gewerkschaften nicht unter das Gesetz fallen.

So hat sich ohne Zweifel das Sherman-Gesetz bewährt, denn es hat weitgehende Machtmittelbrüche seitens der Kartelle und Trusts gemildert. Mehr kann man aber auch nicht erreichen, denn die Bildung von Kartellen und Trusts ist etwas Notwendiges. Erreicht wurde dies auf dem Wege, den auch die deutschen Gewerkschaften empfohlen haben: Verbot der Machtmittelbrüche, Bildung eines Kontrollamtes zwecks Beobachtung der Geschäftspraxis der großen Firmen und zwecks eventueller Durchführung gesetzlicher Maßnahmen. Zu wünschen wäre, daß die Amerikaner das Sherman-Gesetz in eine neue Form gießen, die unter Anwendung der gegebenen Erfahrungen genau festlegen würde, was erlaubt und wie etwas zu verbündern ist.

Diese Aufgabe ist in einem anderen Lande gelöst worden, nämlich in Norwegen. Dort bestimmt ein Gesetz, daß über jede kartellartige Vereinbarung und über jede Firma, die die Marktlage für irgendeine Ware beherrscht, an eine besondere Kontrollbehörde zu berichten ist und daß diese Behörde sofort einzutreten habe, wenn irgendein Machtmittelbruch, besonders irgendeine ungerechtfertigte Preissetzung, vorliegt. In Norwegen ist von vornherein festgesetzt, daß die Gewerkschaften nicht unter dieses Gesetz fallen.

Die Geschetzgebung über das Trustwesen muß in absehbarer Zeit international geregelt werden.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Internationale Vereinigung der Zuckerindustrie.

Wir haben bereits in Nr. 51 des „Proletariers“ darauf verwiesen, daß nunmehr auch die deutsche Zuckerindustrie auf Grund von Beschlüssen einer Pariser Konferenz vom 11. bis 14. November 1927 auf dem Wege ist, sich wirtschaftlich international zu organisieren. Die Deutsche Zucker-Industrie bringt nunmehr die Beschlüsse der Pariser Konferenz wörtlich zum Abdruck. Als wichtige Ergänzung unseres ersten Aufsatzes heben wir hier die Hauptpunkte der Beschlüsse besonders hervor:

Für die Kampagne 1927/28 verpflichten sich die Delegierten der organisierten Zuckerindustrien der Tschechoslowakei, Deutschlands und Polens, sich mit aller Kraft um die Hebung des Innlandeverbrauchs zu bemühen, um hierdurch die zur Ausfuhr verfügbaren Mengen auf ein Mindestmaß herunterzudrücken.

Für die Kampagne 1928/29 verpflichten sich die Vertreter der organisierten Zuckerindustrien der Tschechoslowakei, Deutschlands und Polens, in aller Form und endgültig, den Rübenanbau in Übereinstimmung mit dem Einverständnis, zu dem man auf der gegenwärtigen Konferenz gelangt ist, zu bringen. Die Konferenz hat nämlich in einer jeden Zweifel ausschließenden Art die Notwendigkeit anerkannt, die Weiterzerrung dem Verbrauch angemessen anzupassen —, wobei jedoch hinsichtlich der einzelnen Länder die eigene Verbrauchssteigerung berücksichtigt werden darf — vorausgelegt, daß Arab seine Erzeugung der Ernte 1927/28 auf 4 Millionen englische Tonnen einschränkt.

Dieser Beschluß soll in einer Berliner Konferenz so ausgelegt werden sein, daß es heißt: „die Ausführungen zu

diesel geräuschvoll gefaßt. Lautsprache ist der nächstenskellver-treibende Direktor Alois Speckl.

Könne mir wegen Raumbeengung ansetzen, vergnügt wird's doch... und geheimnisvoll schmunzelnd setzt er hinzu: „Wenn ich recht unterrichtet bin, wird unser hochgedächter Ch. Senator selber da sein und eine Ansprache an seine Leute hingeben...“

Hingeben, ganz recht. Der alte Herr gibt aber gar nichts hin, weil er beim Familienabend seiner Leute nicht da ist, datum, weil er beim Familienabend einer großbelderseits-herzigen, schlankbeinigen Tänzerin sein muß. Dort reißt er weinlaunige Witze über die steuerpflichtige Dummett seiner Leute, denn die Trottel glauben an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, und die Geschichte verhält sich doch, in eine kurze chemische Formel gebracht, wie Wasser zu Feuer. Unterdessen tollt der krachende Familienabend bei der „Harmonie“ ab wie ein Kino.

Bei seinem — unbeschrienen — fünfundzwanzigsten Maß Bocktier schwingt Herr Speckl als stellvertretender Firmabeigegebener eine feuerwerkzündende Ansprache an die festgesetzten Arbeiter, mit den Worten schließend: „und... hups... alsdann meine mit mir betriebsverwachten Kameraden... hups... mag da kommen, was will... hups... wir bringen gerne O-O-O-O-Opfer... für unsre angestammte Firma hups... nicht Streiks... nicht Arbeits-verweigerung hilft uns... nur... hups... immerzu dauernde, fortlaufende, fleißig durchwobene... hups... Arbeit... Arbeit... kann unsre... hups... hoch-inehrengeschaltenwerdende Firma... hochbringen... in... edler Harmonie... Diese Harmonie... sie lebe... hups... hoch und noch zweimal... hups... hoch!“

Ich kann nicht berichten, wie oft die Sache noch hochgelebt wurde, denn der allverehrte Festredner lebt sich nieder.

Da beginnt in allen Ecken der festlich eingerichteten Arbeiter ein Getuschel, ein Gesumme, so und so, und daß

Die Herren Sänger.

Eine fröhliche Geschichte von Luis Pipin.

„Du, wo man flug, da ließ dich rückig nieder,
dein böse Menschen haben keine Fieder!“

Diesen fröhlichen Spruch kann dir jeder Spießbürgert von der gut bürgerlichen Liedertafel herhagen, fröh, mittags und abends. Ob es aber immer so stimmt, das ist die angelöste Preisfrage.

Wir hatten als lernbegierige Jünglinge eine Lehrkraft, die sehr viel mit dem Stock nachholf. Desfür hieß er der Stockschwinger. Als böse, als ganz gepfeffert und gefüllt böserzig war er vertraut... über singen konnte er, singen, prechtvol! Und eine hässle Fieder sang der Mensch. Der böse Mensch... Sang er nicht, so pfiff sein Rohrstock ein flotter Hefenpfeiferchenander. Na also...

„Ich will Ihnen was sagen: Da haben Sie den sellver-treibenden feindseligen und allerhandigen Betriebsleiter Speckl, sellver-springender Direktor. Erß seiner drei Zentner, weiterschwingender der Elefant singt, noch mehr, er trompetet sogar den Trompeten. Ja der Elefant und beim Verein Der gelbe Elefant. Selbstfagend, lastet prahlenschwere, seine Herrschaften, einfach die menschlichen Edelsteine und Goldbrocken von Kleinstoffen, einer betrogen, darüber lächerlichen und empfieierten Kleinstoffen.

In einem betrüblichen Unglücksstag geht die Schreiterschaft, in durch alle Gräben in Kleinstoffen. Der direktionale Betriebsleiter Speckl geht nicht mehr zu den hörselgepeffelten Goldsteinen als Sänger im „Gelben Elefant“. Nein, darum nicht mehr steht man ihm im „Gelben Elefant“ bei den Feindangriffen und Goldschädeln, häufig aber ist Herr Speckl in der Käferkette zum Elefant geßt.

Jedoch im „Gelben Elefant“. Daß sich da der spitzige Dreigrauerkampf wohl fühlt, versteht den spitzigen Betriebsleiter. Der Elefant geht geschnaukend seine Käferk-

attigen Schmalzlerzuführer singen an seinen etwas aufwärts strebenden Kiechigelp und tuschelt dem und dem Kameraden ins Ohr: „Brüderla, Kamerad, da steckt a Sauerei dahinter, denn wenn der Speckl unter Arbeitern verkehrt, will er Mäuse fangen... ich geh nachschauen...“

Und der Stockschwinger schaut gründlich nach. Er kann einen Verbandskollegen berichten, der Speckl hat im „Rosen Hoh“ das Vereinslokal für seine Neugründung, für die Theatergemeinschaft „Gesang und Musik“ der Obermaierischen Großindustrie-Arbeiter, aufgemacht.

„Ob Obermaier was weiß von dem Krampf?“ lachte einer. Elschäfer, Schäfjelzchen.

Die durchgedachten Umstände weiß der Pefer am besten zu würdigen. Er sagt: „Jimmerhin, mit kann ja doch der grehe Haufen, mit toten Verbändler... die anderen drei, vier Dutzend, die dort so schön singen... ich hab es den gesangswütigen Nichtverbändlern vorgehalten... mit ham doch ich den Arbeitergesangverein „Freiheit“, zu was braucht er noch an Werkgesangverein, zu was so a Kalpertheater? Da hat der verpischtische Operettensenor, der Hans-gügl, an Jodler runtergerastet und hat gesagt: „Weil's der Speckl, unser Vereinsdirektor, so haben will...“

Der Pefer... rießt wieder mal a Gesah...“ wirft einer hin. Und der Pefer macht hartnäckig auf: „Jawohl, grade weil der schwierige Dreizentnerputzelbaum dahinter und davon steht, dann is was dran, was uns alle angehen wird... also, anpassen...“

Sie bratschen aber gar nicht viel anpassen, die Leute von der Großfirma Obermaier u. Kipa, denn die singende, ironische, flötendlavende Komödiengemeinschaft, also der Obermaierische Werkvergnügenverein, macht das sonst so trühe Stücklein rein ganz rebellisch. Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wird in allen Lorarten gesungen, gespielt und gepfiffen. Und in dieses philharmonische Konzert hinein pließt die wellenmegende Nachricht von einem Familienabend der „Harmonie“, „Harmonie“, so wird das Ge-

regeln". Man hat also in Berlin den Begriff umgebogen; danach der Rübenanbau mit den Konferenzbeschlüssen in "Übereinstimmung" gebracht werden soll. Ob das einseitige deutsche Auslegung ist, ob zu dieser Auslegung auch die Tschechoslowakei und Polen steht, ob auch Italien dem zustimmt, steht nicht fest. Die Pariser Konferenz ist doch von dem Grundgedanken ausgegangen, daß eine Einschränkung des Rübenanbaus Platz greifen soll, falls es notwendig erachtet wird, die Erzeugung dem Verbrauch anzupassen. Wie verträgt sich das mit dem Standpunkt, den die deutschen Zuckersfabrikaner bislang vertreten haben: der dahin ging, daß es der deutschen Zuckerindustrie schlecht gehe, weil der Rübenanbau noch weit hinter dem Stande von 1913 zurücksteht? Außerdem ist vereinbart, daß Mitte Oktober 1928 eine neue internationale Sitzung stattfinden soll. Über den Zweck dieser Sitzung wird gesagt:

Die Konferenz vom Oktober 1928 wird über den Antrag Kubas sowie darüber zu entscheiden haben, in welcher Form über den künftigen Weltüberschuss, wenn ein solcher geprägt wird, verfügt werden soll. Wenn dieses der Fall ist, kann entweder der ganze Überschuss in den Händen einer, dann unter Mitarbeit aller Beteiligten zu bildenden internationalen Gesellschaft vereinigt oder von der Erzeugung des folgenden Jahres 1929/30 ab gezogen werden.

Auch hierzu liegt eine Berliner Anregung vor, wonach jedes Land das Recht haben soll, die Mengen selbst zurückzuhalten und im eigenen Lande einzulagern. Wenn auch nun versucht wird, es so darzustellen, als sei eine Einschränkung der Produktion nicht vorgelebt, so laufen aber doch alle die in Aussicht genommenen Maßnahmen auf eine Einschränkung hinaus, wenn es nicht gelingt, den Verbrauch soweit zu steigern, daß Überschüsse nicht vorhanden sind. Es ist in der Presse von Interessenkreisen viel darüber geschrieben worden, daß diese Vereinigung nicht beabsichtige, in die Preisbildung einzutreten oder gar preissteigernd zu wirken. Es hat aber auch nicht an Stimmen gefehlt, die darauf aufmerksam machen, daß durch diese Verhandlungen eine Stabilisierung der Weltmarktpreise eingetreten sei. Also doch Preisregulierung! Über die Ausfuhr für das laufende Jahr ist in einer Sitzung vom 18. und 19. Januar dieses Jahres für Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei schon jetzt folgende Vereinbarung getroffen:

Es ist gelungen, dasselbst eine vollkommene Einigung der 3 Vertragsindustrien bezüglich Aufstellung einer angenommenen Gesamtpolitik der 3 Vertragsindustrien für 1928/29 von 1150 000 Tonnen zu erzielen, und zwar werden an dieser Menge die Tschechoslowakei mit 66 Prozent, Polen mit 17,5 Prozent und Deutschland mit 16,5 partizipieren. Der internationale Arbeitsausschuß nimmt seine Tätigkeit Anfang Februar auf.

Aus all den erfolgten Beschlüssen ist zunächst zu erkennen, daß eine Begrenzung bei der Ausfuhr Platz greifen soll. Die Tschechei soll mit 66, Polen mit 17,5 und Deutschland mit 16,5 Prozent an der angenommenen Ausfuhrmenge von 1150 000 Tonnen beteiligt sein. Damit ist der deutschen Zuckerindustrie eine gewisse Grenze bei der Ausfuhr gesetzt. Sie kann nicht mehr beliebige Mengen ausführen. Es wird nun zwei Wege geben, den Überschuß an Zucker zu verwerten. Entweder, man wird versuchen, ihn auf Umwegen ins Ausland zu bringen, oder man wird den inländischen Verbrauch zu heben versuchen. Das Letztere wäre im Interesse der Allgemeinheit nur zu begrüßen. Das wird aber nur möglich sein, wenn der Zucker zu einem Preis abgegeben wird, den die große Masse der Konsumenten bezahlen kann. Soviel darf aber wohl festgestellt werden: wenn auch der Beschluss über die Einschränkung des Rübenanbaus zunächst umgebogen ist, so wird aber an eine weitere erhebliche Steigerung des Rübenanbaus und der Zuckerproduktion in Deutschland in den nächsten Jahren kaum gedacht werden.

In den letzten Jahren konnten wir in der Arbeitgeberpresse viel belehrende und aufmunternde Artikel darüber lesen, welche Vorteile die Steigerung des Rübenanbaus der Landwirtschaft bringe. Es ist darüber merkwürdig still geworden. Hieraus darf man den Schluss ziehen, daß man in Deutschland nicht mehr so stark darauf hinarbeitet, den Rübenanbau zu steigern. Man versucht vielmehr, bei dem

gegenwärtigen Anbau, aber bei gestiegerten Preisen, sein Geschäft zu machen. Daraus ist wiederum ersichtlich, was man von den bisherigen Klagen der Zuckerindustrie über den geringen Rübenanbau zu halten hat. Das wird die Zuckerindustriellen höchstwahrscheinlich nicht erhalten, es auch künftig als Beweisgrund zu benutzen, wenn es gilt, die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft zu bekämpfen.

E. Senkpiel.

Die "nasseidende" Zuckerindustrie.

Wiederholt haben wir darauf verwiesen, wie es mit den Klagen der Zuckerindustriellen über ihre "Notlage" aussieht. Uns liegt der Jahresbericht der Düsseldorfer Werke für Zucker und Melasse Industrie, A.-G. vor. Die Firma stellt keinen Zucker aus Rüben her, sondern sie betreibt in erster Linie Melasseentzuckerung. Aus den abschließenden Rückständen werden allerlei chemische Produkte gewonnen. Ihr Rohstoff ist also ein Abfallprodukt aus der Zuckerindustrie.

Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 8 100 000 Mark. Der Rohgewinn für das Jahr 1926/27 betrug 1 808 608 Mk. Für Handlungskosten wurden 288 742 Mk. ausgegeben. Für Steuern wurden 550 000 Mk. zurückerstattet. Auf Betriebungen sind 148 408 Mk. abgeschrieben, so daß ein Reingewinn von 840 458 Mk. verbleibt. Davon wird auf Stammaktien eine Dividende von 10 und auf Vorzugsaktien eine Dividende von 8 Prozent verteilt. Der Aufsichtsrat erhält eine Lantiere von 48 242 Mk. und 70 518 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Bericht bemerkt, daß der Weltzuckermarkt einen vergleichsmäßig gleichmäßigen Verlauf genommen habe.

Der eibhöhe Zucker soll wird in dem Bericht begrüßt und man spricht die Hoffnung aus, daß er beibehalten werde. Gleichzeitig wird darüber geklagt, daß die Melassepreise stark angestiegen sind. Schuld an dieser Preistiegerung sei der Melassezoll, der trotz wiederholten Vorstellungen immer noch besteht. Die im Inlande anfallende Melasse sei unzureichend, folgedessen habe der Zoll unbeholfen gewirkt, namentlich für die Werke, die auf die Einfuhr von Melasse angewiesen sind.

Die Stellungnahme der Gesellschaft zum Zollsatz wird ausschließlich von ihrem Eigentum bestimmt. Die Rohzuckerindustrie klagt über niedrige Zuckerpreise und verlangt höhere Zoll für Zucker. Dessen lassen sich auch die Düsseldorfer Werke gern gefallen; denn dadurch wird der Preis auf dem Inlandsmarkt gesteigert, mittels die Gewinnmöglichkeit gehoben! Aber den Melassezoll, den die Rohzuckerindustrie ebenfalls fordert, bekommt die Gesellschaft, weil dadurch das Geschäft geschmälert wird. Also: Schutzzoll, sowohl er höhere Preise schafft Zollschwellen, sobald der Zoll den Gewinn beeinträchtigt! Die Rohzuckerindustrie klagt über niedrige Melassepreise und die Entzuckerungsanstalten legen die Preise hin zu hoch. Eins scheint aber richtig zu sein: Die Rohzuckerindustrie braucht über allzu niedrige Preise nicht zu klagen, denn im Bericht wird festgestellt, daß die Melassepreise im Geschäftsjahr 1926/27 bedeutend gestiegen sind.

Zu gleicher Zeit erscheint der Geschäftsbericht der Pommerschen Provinzial-Zuckersiederei, Stettin. In diesem Bericht wird einleitend festgestellt, daß, durch die Einschränkung der kubanischen Zuckererzeugung und durch geschärfte Exportaufsätze in anderen Ländern, der Zuckerpreis im Jahre 1926/27 durchschnittlich 3 bis 4 Mark je Zentner höher war als im Vorjahr.

Die Pommersche Zuckersiederei ist von der Baltschen Vereinigung für Rohzuckerfabriken gegründet. Der Bericht sagt, daß sich diese Preissteigerung für die Pächter günstig auswirkt. Aber auch für die Fabrik stellen sich die Einnahmen aus dem Pachtvertrage höher als im Vorjahr. Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 4 326 000 Mk. Der Überschuss beträgt 774 113 Mark. Davon werden 10 Prozent Dividende = 432 000 Mk. verteilt. Dem Unterstützungszuschlag werden 9268 Mk. zugestellt. 333,50 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen und der Rest wird für Abschreibungen verbraucht.

Beide Geschäftsbücher zeigen, wie es mit der "Notlage" der Zuckerindustrie bestellt ist. Stettin hätte eine weitaus höhere Dividende verteilen können, wenn nicht so hohe Abschreibungen vorgenommen wären. Aber auch eine Dividende von 10 Prozent ist in einer Zeit, wo alles über die "Notlage" der Zuckerindustrie kommt, schon sehr beachtlich. Die Aktionäre beider Unternehmungen können also ruhig schlafen, sie werden noch nicht verhungern. — E. Senkpiel.

Frauenfragen.

Hausfrauen-Ferien.

Tag für Tag und Jahr für Jahr arbeiten die Hausfrauen ununterbrochen in ihrem kleinen, teils auch großen Haushalt, seien mit müden Füßen in den nassen Waschbüchsen, lachen ohne Mützenfreizeit und freppab, sorgen von frühmorgens bis spätabends, betreuen die Kinder und den Mann und kämpfen heldisch gegen Schmutz und Verwahrlosung. Ein Leben voller Arbeit, voller Kummer und Mühe, ohne Freude und Sonnenschein, ein ewiges Laster fragen und wenig frohe Bürde, so reihen sich quäglich die

Wort der Mörgelpeter wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen.

Selbstverständlich gibt sich der Vereinsdirigent Alois Speckl alle harmonieerzeugende Mühe, Stimmung in die Sache zu bringen. Er bringt es aber nur zu einer freundlichen Unterhaltung mit dem brenkerig gewachsenen Fabriksschmid. Das Zwiesgespräch läuft so. Der Schmid sagt: "Wissens, des da, des is a richtiger Krampf..." Und der Speckl sagt: "Und So, So sind ein Unterwöhler... So... Lepp..." worauf der Schmid den Speckl im Antlitz streichelt, daß es paßt, und, pflichtschuldig der Speckl gurgelt: "So... sind... hups... entlassen, ... gänzlich entlassen... vom Firmassellvertreter Alois Speckl..."

Erst am Tag nach dem Familienabend beginnt die segensreiche Auswirkung der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Schlag zehn Uhr morgens fährt der Chefessor im Auto vor und findet, in der ganzen Fabrikalage hat noch nicht einer einen Schlag oder Streich geschafft. Der alte Herr stampft mit rosiglühendem Gesicht oben und einsapfenkalten Füßen und schwerfällig die Treppe zum allgemeinen Konferenzsaal hinauf. Zehn Minuten später sind alle, die in der Fabrik was zu kommandieren, aufzupassen oder anzugeben haben, um die lange Tafel versammelt. Alle Meister, Parteiführer, Vorarbeiter und sonstige wichtige Herren.

"Sehen So sich!" befiehlt der alte Herr. Götterle, gestern hat man noch so chamariergalant sein müssen, den mondänen Libellen, den duftigen Dreiviertelweltsdamen gegenüber... und heute... Meine Herren, warum halten So nicht Ordnung im Betrieb? Warum schaffen die Leute nichts? Ju was der Schmeißfall?"

Beim ersten Anschauung rumpeln die Angeblasenen zusammen. Sie nehmen nun allen Mut her und sagen wie aus einem Mund: "Herr, Herr Obermaier... der neue Tarif... Karie genügt, Telefon angenehm... mir kann immer da..."

Lage der Hausfrauen aneinander und entbehren des sorgigen Schmucks trostlicher Erlebnisse.

Und verlangt die abgedürnte, müde und arbeitsame Hausfrau einige Tage oder gar Wochen Ferien, dann schütteln nicht nur die gleichbedeutenden Männer dieser noch viel mehr erholungsbedürftigen Frauen. Ferien... Hausfrauenferien...! Kleinst das kennen wir nicht! Wozu brauchen die Hausfrauen Ferien, arbeiten sie, müssen sie sich ob, oder sind sie nicht schon am Nachmittag fertig, könnten spazieren gehen, während die armen, geplagten Männer noch in der Fabrik, im Kontor sich abmühen oder weiter schwitzen können? Ja, so fragen sich alle Männer und wissen oder wollen nicht wissen, daß auch ihre Frauen, die den Haushalt führen sollen, ferienbedürftig sind.

Für sich wissen die Männer wohl die Ferien herauszuschlagen, sie helfen diese für unbedingt wichtig, wenn Gesundheit und Schaffensfreude nicht leiden sollen, aber die Frauen..., was brauchen die Ferien?

Ist denn das kleinen Haushaltsführen mit annähernd mit der beruflichen Arbeit zu vergleichen? Ich bitte Sie! Den Haushalt machen ja viele Frauen, die noch beruflich tätig sind, so... nebenbei! So nebenbei! Und so sieht der Haushalt auch immer... nebenbei gemacht aus! Frauen, die berufstätig und von modernen Ideen vollgeprägt sind, die keinen Haushalt mehr führen wollen, weil die Haushaltführung nicht mehr modern sein soll, und die Männer, die niemals der Hausfrauenarbeit gegenüber gerecht geworden sind, die fragen sich umsonst, warum die Hausfrau, ausgerechnet die Hausfrau, die sich schon genug gute Tage gemacht... Ferien beansprucht! Wo ist? Ja, wofür fragen diese Besserwissen? Und dann... ja dann kommt der Egoismus des Mannes. Gibt die Hausfrau wirklich in Ferien, wer soll dann den Haushalt führen, wer soll kochen, waschen und aufzuräumen? Will man das dem Mann zutrauen? Aber ich bitte Sie, wie kann man derartiges dem Mann zutrauen, der ermittelte von der Arbeit kommt und einen gedeckten Tisch erwarten? Ja, das sieht selbst die Hausfrau ein, und bleibt deshalb... zu Hause und verzichtet auf die Ferien. Wir sprechen und schreiben nicht von den Ferien derer wenigen Frauen, die mit ihren Männern, oder vielleicht auch ohne diese... Und oder ist Gebliebe gehen, sich Wochen von ihren verschafflichen Strapazen erholen, damit sie mit frischen Kräften in die winterlichen Vergnügungen des großstädtischen Gesellschaftslebens trittzen können. Nein von diesen genausichtigen Frauen, die ja auch keine Frauen, sondern Damen sein wollen, schreiben wir hier nicht, sondern von den Arbeiternfrauen, die notwendig die Hausfrauenferien brauchen, damit neue Lebenskraft und Lebensfreude in den Herzen dieser abgearbeiteten und von schweren Sorgen gequälten Frauen Eingang halten.

Die Sorgen des Alltags lasten auf den Schultern der immer unermüdlichen Hausfrau. Sie kann oft ihre Seele nicht frei halten, sie liebt Erlebnisse, muß sich mit dem alltäglichen Kleinodkram beschäftigen und kann vor lauter Konzentration auf die Erledigung der materiellen Bedürfnisse der Familie kaum Minuten am Tage frei haben für die Aufnahme seelisch-geistiger Erlebnisse. So wird die Hausfrauenarbeit die Hausfrau in den Bannkreis materieller Lebensgegenwart spannen, aus dem nur gelingt lebenskräftige Frauen einen kühnen Durchbruch wagen.

Schon deshalb sollte man den Frauen, die tagtäglich am Kochherd stehen und die Essensorgie dem Mann abnehmen, die am Waschtag sich ruhig und rissefrei Hände waschen, unter dem Dach an der Nähmaschine sich Tag und Nacht abdrücken, keine Sonne sehen und keinen Windhauch spüren, die in ihrem Herzen Schmuck tragen nach sonnigen Wiesen und dorfenden Wäldern und sich ewig um die Kinder abmühen, all die Erziehungslagen allein tragen und keine Hilfe vom Vater, dem Mann, erhalten, ja diesen Frauen sollte man Hausfrauenferien geben. Man sollte sie einmal aus ihren Küchen und Wohnungen herausnehmen und dorthin fahren lassen, wo nur die Sonne lacht und keine Arbeit wirkt.

Wie gerne, ja wie gerne würden die Hausfrauen eine solche Ferienfahrt machen, Ferien vom Haushalt erleben und einige Tage oder Wochen sonnenlos in den Tag hinein leben, ohne sich um das Essen, um die Kleider und zerissen Strümpfe kümmern zu müssen, ohne die kleinen Plackereien des Tages zu erdenken... ja, das wäre ein Sehnsuchtsziel abgeklärter Frauen, die ihren Gesellschaftsreis einengen müssen, weil sie vor Arbeit keine Minute für außerhausfrauenliche Sorgen und Mühen, Freuden und Erlebnisse finden.

Deshalb sei die Erringung der Hausfrauenferien für die Hausfrau ein positives Kampftiel in der heutigen Gesellschaft. Wenn auch nur in der sozialistischen Gesellschaft die Hausfrau eine dem Wert der Hausfrauenarbeit zugemessene Ferienzeit bekommt, so mag trotzdem auch jetzt schon ihr ein solches notwendiges Ziel gekämpft werden. Soll die Hausfrau nicht nur ein Arbeitstier sein, sondern auch ein Mensch mit bestimmten Lebensforderungen, dann hat sie ihre Ferien als gerechtfertigt beansprucht. Nur eine Hausfrau, die einmal ausspannen kann, wird mit Liebe und Freude den Haushalt führen, denn die Haushaltführung ist eine schwere, die Arbeitsschafft der Frau ganz in Anspruch nehmende Arbeit, die durch eine Ferienunterbrechung wieder leistungsfähig gemacht werden kann.

Deshalb... Hausfrauenferien!

Arbeiter- und Arbeiterversicherung.

Jahndrätsliche Hilfe der Krankenkassen.

Die Krankenkassen müssen ihren Mitgliedern auch jahndrätsliche Behandlung gewähren. Darauf ändert auch nichts, daß es sich bei dem Zahnarzt um einen Spezialarzt handelt. Die Krankenkasse hat die Kosten für Mundkrankheiten zu begleichen. Hierzu rechnen Geflüchte, Elterngeneration in der Mundhöhle. Zur Pflichtleistung gehört auch das Plombieren der Zähne. Die Krankenkassen können diese Leistung nicht beschränken. Während früher die Kassen nur eine bestimmte Zahl von Plomben genehmigten, sind sie jetzt gezwungen, unbeschränkt zu leisten, da das Plombieren der Zähne zur ärztlichen Behandlung rechnet.

Neben der ärztlichen Behandlung sind die Kassen auch für die Beschaffung künstlichen Zahnersatz verpflichtet, wenn in der Säzung eine Bestimmung enthalten ist, daß die Krankenkasse einen Zukunft zu großem Heilmittel gewährt. Zahnersatz rechnet zu den größeren Heilmitteln. Der Vorstand der Kasse kann den Zusatz nur ablehnen, wenn der Zahnersatz nicht zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit dient. Kann der Versicherte den Nachweis führen, daß er aus gesundheitlichen Gründen den Zahnersatz braucht, dann muss die Krankenkasse den in der Säzung festgelegten Heilmittelfestzuschuß auch leisten.

Nener Versicherungsfall in der Krankenversicherung.

§ 188 der Reichsversicherungsordnung schreibt vor, daß die Säzung für Versicherte, die auf Grund der Reichsversicherung oder aus dem Reichsknappesverein oder aus einer Erfahrungskasse binnen zwölf Monaten bereits für 26 Wochen hintereinander oder insgesamt Krankengeld oder die Leistungsleistungen dafür bezogen haben, in einem neuen Versicherungsfalle, der im Laufe der nächsten zwölf Monate eintrete, die Krankenhilfe auf die Regelstellungen und auf die Gesamtduer von 13 Wochen beschränken kann.

Diese Vorschrift gilt nur, wenn die Krankenhilfe durch dieselbe nicht gebuhene Krankheitswurzel veranlaßt wird.

Durch diese Festzung ist klar gestellt, daß der Zeitraum von zwölf Monaten nicht vom Eintritt des neuen Unterstützungsfalls rückwärts, sondern vom Ablauf des vorangegangenen Bezugs des Krankengeldes oder der Leistungsleistungen zu berechnen ist.

Ein neuer Unterstützungsfall liegt erst dann vor, wenn der Zustand eines Versicherten eine Zeitlang derart gewesen ist, daß er weder Arbeitsfähigkeit noch die Notwendigkeit der ärztlichen Behandlung oder Anwendung von Arznei oder Heilmitteln zur Folge gehabt hat.

Hat das Mitglied in der Zeit zwischen Ablauf der früheren Unterstützung und dem Zeitpunkt, von dem ernste Unterstützungs-

Beilage zum Proletarier

Nummer 5

Hannover, 1. Februar 1928

37. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Glänzende Geschäftsergebnisse in der Kaliindustrie.
Die Einnahmen der Konzerne sind enorm gestiegen, die Belegschaftsziffern bedeckt zurückgegangen.

Die DBZ schreibt in ihrer Nr. 7 vom 8. Januar 1928 von "Dividendenerhöhung im Salzdeutfurkonzern". Demnach will die DBZ erfahren haben, daß aller Voraussicht nach damit zu rechnen sei, daß der genannte Konzern für das Jahr 1927 Dividendenerhöhungen vornehmen werde, weil durch die Erhöhung der Kalipreise und des gestiegenen Absatzes sich Bruttomehreinnahmen von etwa 4 Millionen Mk. ergeben haben sollen.

Nun haben wir bereits in der Nr. 4 des "Proletariers" darauf hingewiesen, daß die Gesamteinnahmen des Kali-Konsortiums von 148 Millionen Mk. im Jahre 1926 auf 192 Millionen Mk. im Jahre 1927 gestiegen sind. Demnach hat jedes in Förderung gewesene Werk eine Mehreinnahme von durchschnittlich 1 Million Mk. zu verzeichnen. Deshalb erschien uns der in der DBZ genannte Betrag von 4 Millionen Mk. für den gesamten Salzdeutfurkonzern außerordentlich niedrig. Auf Grund dieser Notiz haben wir eine Berechnung vorgenommen, wie sich die Mehreinnahmen des Kalisindikats auf die einzelnen Konzerne verteilen. Um einen Vergleich zu finden, haben wir in unsere Berechnungen die Jahre 1926 und 1927 einbezogen. Hierbei haben wir die Quote der einzelnen Werke, über welche die Konzerne verfügen, sowie den Gesamtbetrag des Kalisindikats und den Durchschnittsnettoerlöspreis je Doppelzentner Reinkali zugrundegelegt. Angeblich beträgt dieser Nettoerlöspreis 13,47 Mk. im Jahre 1926 und 15,50 Mk. im Jahre 1927. Bei unseren Berechnungen sind wir zu nachstehendem interessanten Ergebnis gekommen:

Wintershall-Konzern.

	1926	1927
Quote	392.5941	391.5522 Tausendstel
Absatz	4.317.895	4.852.921 dz Reinkali
Gesamteinnahme	58.152.045	75.220.275 Mk.

Salzdeutfurk-Arschersleben-Westeregeln-Konzern.

	1926	1927
Quote	215.0335	213.2225 Tausendstel
Absatz	2.365.095	2.642.729 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	31.857.857	40.962.299 Mk.

Burbach-Konzern.

	1926	1927
Quote	157.4079	160.8449 Tausendstel
Absatz	1.734.288	1.993.521 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	23.320.422	30.899.575 Mk.

Neustadt-Friedrichshall-Konzern.

	1926	1927
Quote	40.5234	40.1889 Tausendstel
Absatz	445.705	498.678 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	6.003.646	7.720.209 Mk.

Preußische Bergwerks- und Häfen-A.G. (Preußen).

	1926	1927
Quote	58.1824	57.6794 Tausendstel
Absatz	639.691	714.881 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	8.616.687	11.080.655 Mk.

Amtholzlicher Fiskus.

	1926	1927
Quote	25.3445	25.1341 Tausendstel
Absatz	278.748	311.513 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	3.754.735	4.828.451 Mk.

Deutsche Solvaywerke-Konzern.

	1926	1927
Quote	22.7451	22.5561 Tausendstel
Absatz	243.238	279.561 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	3.276.415	4.333.195 Mk.

Dr.-Wilhelm-Sauer-Konzern.

	1926	1927
Quote	20.4242	21.5895 Tausendstel
Absatz	224.632	267.581 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	3.025.793	4.147.505 Mk.

Halleische Kaliberke.

	1926	1927
Quote	6.9627	6.9047 Tausendstel
Absatz	76.578	85.579 dz Reinkali

	1926	1927
Gesamteinnahme	1.081.505	1.326.474 Mk.

Auf Grund der Geschäftsergebnisse des Jahres 1926 wurden bei teilweise reichlichen Abschreibungen bis 12 Prozent Dividende verteilt. Man kann sich nun ungefähr denken, wie bei den Geschäftsergebnissen des Jahres 1927 die Dividendenzahlung aussieht. Die DBZ hingegen auch schon vor; sie schreibt, daß bei einem stark unter öffentlicher Kontrolle stehenden Industriezweig die Höhe der kommenden Dividende naturgemäß auch von der allgemeinen geschäftlichen und industrie-politischen Lage abhängt wird. Die Dividende darf also in der Öffentlichkeit nicht allzu hoch erscheinen. Man wird deswegen wahrscheinlich wieder enorme Abschreibungen vornehmen müssen. Aber selbst durch Zahlung eines Bonus von je einigen hundert Mark nur auf die Vorzugsaktien läßt sich schon eine ganze Menge Geld unterspielen.

Bei unserer Berechnung sind nur die Quoten berücksichtigt, über welche die Konzerne auf Grund der zu den Konzernen gehörenden Werke verfügen. Bei den zum Kaliblock gehörenden Konzernen kommen noch die anteiligen Quoten vom früheren Einigkeit-Konzern sowie Mansfeld und die Quoten der stillgelegten Kalifabriken hinzu. Dadurch werden die Bruttomehreinnahmen der Konzerne noch bedeutend erhöht. Beim Salzdeutfurkonzern — nur, um ein Beispiel zu nennen — erhöht sich dadurch die Gesamteinnahme um rund 4,6 Millionen Mk. Hinzu kommt ferner ein günstiges Verhältnis der zur Kaliindustrie gehörenden chemischen Fabriken, so daß es, wie die DBZ schreibt, „angesichts dieser Entwicklung nicht überraschen kann, daß die finanzielle Lage ausgezeichnet ist und beträchtliche Bankguthaben vorhanden sind.“

Diese Geschäftsergebnisse hat die Kaliindustrie erzielt mit einer um rund 2000 Arbeiter niedrigeren Gesamtlebenszeit

als im Jahre 1926. Damals wurden 20.171 Mann und im Jahre 1927 rund 18.000 Arbeiter im Kalibetrieb beschäftigt. Die Arbeiter in den Nebenbetrieben der Kalifabrik sind hierbei nicht berücksichtigt. Hinzu kommt ferner, daß für die Montags- und Fabrikarbeiter vom 1. August bzw. 1. November an eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden täglich durchgeführt ist. Weitere Schlussfolgerungen mögen die Kaliarbeiter aus diesen Geschäftsergebnissen selbst ziehen. wh.

8 Prozent Dividende bei Gummi-Peter.

Peters Union-A.G., Frankfurt a. Main, zahlt in diesem Jahre wieder wie im Vorjahr 8 Prozent Dividende. Das Geschäft geht weiter gut. In der heutigen Zeit wird eine Dividende von 8 Prozent nicht sehr hoch bewertet. Im Falle Peters Union wie in vielen anderen Fällen kann sie aber als gut angesehen werden, denn die Gesellschaft hat im vorigen Jahre ihr Aktienkapital um neun Millionen Mark erhöht. Diese neun Millionen Mark neue Aktien sind zum größten Teil für technische Aenderungen und Verbesserungen aufgewandt worden. Wenn trotzdem eine Dividende von 8 Prozent noch dem ersten Jahre mit einer Dividende von 8 Prozent verglichen werden, geht daraus hervor, daß das Geschäftsergebnis des letzten Jahres glänzend gewesen ist. gg.

Zusammenhänge des Leunaöls.

In den letzten Tagen spielte in den Handelsstellen der wichtigsten Tageszeitungen die Generalversammlung und der Bericht des Aufsichtsrats der J.-G. Farbenindustrie eine Rolle. Besonders das Leunaöl verdient eine nähere Betrachtung. Der Aufsichtsratsbericht sagt über die Benzinpunktion kurz und bündig, daß die Arbeiten auf dem Ölgebiet programmatisch verlaufen. Die Produktion sei fortlaufend steigend, so daß mit Erreichung der vorgegebenen Leistung Ende nächsten Jahres zu rechnen sei. Das Leunaöl ist auf dem Benzinmarkt, ohne daß es der Verbraucher kennt. Das sind Zaubertricks der modernen Trusts. Es kommen



Nicht ableuchten! Seifenwasser benutzen!

Wo aber sollten dann die armen Aktionäre die Gelder zu der in der Generalversammlung beschlossenen Optionsanlage der J.-G. von 250 Millionen hernehmen, die den Aktionären abermals neue Gewinne bringen werden. Ob es sich hierbei nicht auch „zul“ darum handelt, Mittel für die Durchführung der künstlichen Kautschukproduktion zu schaffen? Will die Arbeiterschaft den ihr zustehenden Teil am Ertrage ihrer Arbeitskraft erhalten, so kann sie es nur durch eine geschlossene Organisation. Hermann Klemm.

Erweiterung der Stickstoffindustrie.

Visher beherrschte die J.-G. Farbenindustrie den Stickstoffdüngemarkt. Neben ihr kam für Deutschland nur noch die Kalifabrikindustrie in Betracht. Durch diese herrschende Stellung der J.-G. Farbenindustrie waren die Kokereibetriebe an der Ruhr in Schwierigkeiten geraten, so daß sie ihr schwefel

Artikel "Die verkannte Rationalisierung oder die Grenze eines Wundergläubens" in Nr. 51 "Der Papierfabrikant", Jahrgang 1927, wo es u. a. heißt:

Die Tatsache, daß, wie es in der Papiermacherie mit Vorliebe heißt, alles von der "Regel" abhängt, hat es mit sich gebracht, daß fast regelmäßig die Steigerung der Produktionsmenge als das schriftliche Ziel vor Augen schwelt. Höhere Lizenzen, Monats-, Jahresproduktion sind für die Tätigkeit der Leitung der schlafenden Beweis; er verbürgt den Erfolg, impfert der Konkurrenz, versichert Zukunftssorgen.

In Wirklichkeit ist er, wenn man sehend wird, keineswegs unantastbar. Vorläufig hat er seine Gesellschaft; um so mehr, als die Zeitspanne von 1914 bis 1924 ohne Zweifel auch in der Papierindustrie Stillstand und Rückschritt bewirkt hat. Über die Ausschüttungen und Kräfte, die sich hinterher daran machen, diesen Rückgang aufzuholen, waren von Irrelum nicht frei. Der Blick ins Ausland förderte die falsche Richtung: vermehrliche Vorbildheit ermunterten zum Vordringen am eigenen Werk. Produktionsvermehrung um jeden Preis, sei es mit neuen, sei es mit Maschinen von ungewohnten Ausmaßen, erschien als glücklichste Lösung. Nachdem der Anfang gemacht war, gab es und gibt es allem Anschein nach kein Halten mehr. Die deutsche Papierindustrie wird, wenn das Jahr 1928 sich neigt, 20 bis 25 städtische Maschinen mehr aufstellen als im Jahre 1924, auch wenn nicht alle Blütenkränze sich erfüllen sollten.

Unterstützt auf die besorgte Frage, ob diese Entwicklung ein Segen oder ein Elend sei, kommt voraussichtlich nicht von denen, die heute die Träger dieser Neugestaltung sind; auch der Kritiker behält vielleicht nicht recht; seine bösen Ahnungen bedingen ihn jedoch zu ungeschminkter Meinungsäußerung.

Diese treffende Charakterisierung der Rationalisierungswut in der deutschen Papiererzeugungsindustrie veranlaßt den Verfasser zu der Frage: "Was geht vor?" Er erklärt dann weiter, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie gegenwärtig noch über einen wenig befriedeten und aufnahmefähigen Inlandsmarkt verfügt. Weniger günstig sei der Export zu beurteilen, da die Auslandskonkurrenz im letzten Jahrzehnt stärker geworden sei und sich eine nationale Abschließung in Form von Schutzzöllen überall vollzogen habe. Der Verfasser glaubt, daß Beziehungen und Verknüpfungen freundschaftlicher und sachlicher Art die letzten Ansehnanderseitungen auf dem Weltmarkt mildern können, wenn wenigstens auf dem europäischen Produzentenmarkt auf dem Wege der friedlichen Versöhnung ein Kompromiß zustande komme. Wörtlich führt der Verfasser dann fort:

Die beste Rüstung für das einzelne Unternehmen sowohl als auch für die Gesamtheit einer in nationalen Grenzen gebundenen Papierindustrie, ist die Unangreifbarkeit der Preisspolitik. Wer diese starke Stärke erwerben will, nicht zu dem Endziel billiger Schwerelei, sondern zu dem Zwecke gesunder, gewinnbringender Verkaufsfähigkeit, darf sich nicht in Machtnahmen erschöpfen, die lediglich auf Fortdauer der Produktionsmenge hinzufließen, sondern muß sich konzentrieren auf die Verbesserung seiner Chancen im Preiskampf. Die größere Produktionsmenge drückt nicht nur die Regie, sondern auch den Preis, den das Ergebnis auf dem Markt erzielt. Die Rationalisierung, die einer mechanisch-antinomischen Vermehrung der Produktion bei verbessertem oder vergroßertem Betrieb gleichkommt, vernachlässigt die Tatsache, daß die Absatzsteigerung in Regelbasis nicht in der Fabrik, sondern draußen auf dem Markt eingehandelt wird. Erst, wenn diese Einstellung gewonnen ist, ist die Rationalisierung auf dem richtigen Pfad, nämlich kann, trotz Verkürzung des Aufwandes einen gleichbleibenden oder größeren Nutzen sicherstellen, mit anderen Worten: den alten ökonomischen Grundsatz zu erneuter Geltung zu verhelfen. Die anderen aber, die, wie es ein bekannter Papierfabrikant einmal „richtig ausdrückte, dem Mengentraum“ verfallen sind, und nicht genug neue Maschinen erstellen können, sollten daran denken, daß sie dabei sind, ihr Wundergläuben eine bessere Zukunft zu opfern."

Wir sind mit dem Verfasser einig, daß das Erwachen aus dem "Mengentraum" für die rationalisierungswütigen Unternehmer recht unangenehm sein wird, wenn der Blick nur, wie bisher, auf die vermehrte Produktionssteigerung gerichtet ist. Nicht zu folgen vermögen wir dem Verfasser in seiner Ansichtung, daß nur die Angreifbarkeit der Preisspolitik der einzige Rettungssanker aus den Schwierigkeiten ist, in die wir durch die Rationalisierung hineinmanövriert werden. Eine in festen Bahnen sich bewegende Preisspolitik hat zweifellos den Vorteil, daß der Abnehmer in der Lage ist, seiterseits das weiter verarbeitete Papier richtig zu kalkulieren und seinem Abnehmer wiederum mit Preisen auf lange Sicht aufzuwarten zu können. Die Höhe der Preise muß aber so beschaffen sein, daß nicht nur die deutsche Papiererzeugungsindustrie, sondern auch die Papierverarbeitungs- und Veredelungsindustrie in der Lage ist, auf dem Weltmarkt konkurrenzieren zu können. Die Tatsache der schon in der Kriegszeit über den Inlandsbedarf hinausgehenden Krebsproduktion der deutschen Papiererzeugungsindustrie, die Pflicht zur Herstellung einer aktiven Handelsbilanz und die aus dem Dawesplan bestehenden Reparationsverpflichtungen zwingen auch die deutsche Papiererzeugungsindustrie, auf dem Weltmarkt als Wettbewerber aufzutreten. Erneuerungen auf dem Gebiete der Maschinenforschung und der Papier- und Zellstoffchemie Beachtung finden. Berücksichtigt man weiter, daß die mit der deutschen Papiererzeugungsindustrie nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch auf dem europäischen Warenmarkt sehr ernsthaft in Konkurrenz — die kanadische Papiererzeugungsindustrie der gleichen Rationalisierungswelle verfallen ist, so geht die Frage der Rationalisierung für die deutsche Papiererzeugungsindustrie zwingendig. Zur Lösung des ganzen Problems ist es nicht damit gefaßt, daß man die Rationalisierung beklagt und des Wirtschaftsfeind in der Preisspolitik allein sieht, sondern der Blick muß darauf gerichtet werden, die Rationalisierung in volkswirtschaftlich erträgliche Bahnen zu lenken. Jede Rationalisierungswahne hat nur dann einen sozialwirtschaftlichen Etat, wenn es möglich ist, die dadurch ergaßte Maschinenforschung auf den In- und Auslandsmärkten einzurichten. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn mit den Rationalisierungsmassnahmen einhergeht einmal eine Steigerung der Kaufkraft auf nationaler Grundlage und fernerhin eine durch die Rationalisierung und die daraus gehende erhöhte Produktion sich ergebende Verbesserung der Herstellungskosten und damit der Preise.

Um es kurz herauszusagen: Erhöhung der Löhne und Gehälter für Arbeiter und Angestellte zum Zwecke der Steigerung der Kaufkraft, und Verbilligung der Preise sind die einzigen Mittel, die es ermöglichen, die Rationalisierung volkswirtschaftlich erträglich zu gestalten und der erhöhten Produktion den Absatzmarkt zu sichern. Gegen diese klare Erkenntnis sträuben sich heute noch unsere einseitig eingesetzten Rationalisierungsfanatiker. Ihr Wahnsinn, daß die Rationalisierung zur Hochhaltung der Inlandspreise und zur Verbilligung nur der Auslandspreise führen müßt, fehlt der Rationalisierung eine unüberbrückbare Grenze und führt zu dem vom "Papierfabrikant" gekennzeichneten Mengentausch, aus dem es für die Unternehmer nur ein unangenehmes Erwachen gibt.

G. Stühler.

Neue Wege zur Arbeitsgemeinschaft.

Alle Produktionen des Pommerschen Arbeiterbundes, der von dem ehemaligen Redakteur der "Christlichen Gewerkschaftsstimme" und seitigen gelben Reichstagabgeordneten Wolf geleitet wird, durch die Direktion der Feldmühle haben es nicht vermocht, diesen geben Verbände in den Betrieben der Feldmühle Bedeutung zu verschaffen. Infolgedessen versucht die Direktion der Feldmühle die Selbstsucht auf anderem Wege in ihre Betriebe einzuführen. "Neue Wege zur Arbeitsgemeinschaft" wird stolz ein Artikel übertragen, der in letzter Zeit die Runde durch die deutschen Fachzeitschriften der Papierindustrie machte. Nach diesem Artikel hatte die Feldmühle am 8. Dezember ihre Werksangehörigen zu einer Versammlung im großen Saale des städtischen Konzerthauses nach Stettin eingeladen. In Sonderzügen der Eisen- und Straßenbahn wurden 1200 Arbeiter und Angestellte zu diesem neuen gelben Fabrikkränzchen befördert. Die Musik wurde von der Kapelle der Fabriksewerwehr bestreift. Generaldirektor Gottstein wies in seiner Ansprache darauf hin, daß Kopf- und Handarbeiter eines industriellen Unternehmens durch gemeinsame Arbeit miteinander verbunden sein müßten. Sodann wurde den Werksangehörigen der Film "Das Druckpapier" vor Augen geführt, um den Arbeitnehmern angeblich einen Überblick über die förmlichen Zusammenhänge der Berufssarbeit zu ermöglichen. Da die Hauptproduktion der Feldmühle auf die Erzeugung von Druckpapier abgestellt ist, war dieser Film eigentlich überflüssig, denn die Feldmühlenarbeiter haben das Ende der Druckpapierherstellung am eigenen Leibe zur Kenntnis gekennelernt. Wie uns versichert wird, war der Film nicht vollständig, denn es fehlte jener Teil, der die Rentabilität der Druckpapierfabrikation der Feldmühlenarbeiterfirma vor Augen führt. Dieser Teil soll weggelassen worden sein, um die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft nicht zu erwecken.

Statt dessen hatte sich die Feldmühlendirektion für diesen Abend eine andere Aufführung zugelegt. Der Wirtschaftsphilosoph Professor Dr. Ernst Horneffer von der Universität Gießen sprach über die "Vergeistigung der wirtschaftlichen Arbeit". Der Männergesangsverein der Feldmühle bezog sich den Abend durch einen Vortrag.

Wir haben bereits in Nr. 47 des "Proletariers", Jahrgang 1927, unter der Überschrift "Sonderbare Begriffe" auf den Vortrag hingewiesen, den Generaldirektor Hans Gottstein von der Feldmühle über seine Reiseindrücke in Amerika auf der Kraft- und Wärmetagung für die Papier- und Zellstoffindustrie am 28. September 1927 in Dresden gehalten hat. In diesem Vortrag begeisterte sich Herr Generaldirektor Gottstein für die amerikanischen Arbeitsoberhälften, da der Arbeiter nicht das Interesse am Klassenkampfcharakter hat, der ihm in Deutschland durch Verhängung mühsam beigebracht worden ist. Diese sogenannte Arbeitsgemeinschaft in Amerika scheint Generaldirektor Gottstein vor Augen gehabt zu haben, als er seinen bunten Abend am 8. Dezember im Konzerthause zu Stettin veranstaltete. Es lohnt sich deshalb, auf den Vortrag von Gottstein in Dresden noch einmal einzugehen, um zu zeigen, wie die Arbeitsgemeinschaft in der Feldmühle aussehen würde, wenn sie nach amerikanischem Muster zur Durchführung gebracht werden könnte.

In Dresden führte Gottstein u. a. folgendes ans:

Interessant war die Basisorganisation. Alle Arbeiter haben Nummernmarken umgehängt, model jede beim Ban bekleidete Firma für ihre Lente eine besondere Farbe hat. Die Vorarbeiter haben an jeder dieser Nummernmarke noch ein besonderes Kennzeichen. So kann erstmals vermieden werden, daß unbefugte Lente sich auf der Sonnille anhalten, ferner kann stets kontrolliert werden, ob die Arbeiter sich an der Arbeitsstelle anhalten, wohin sie gehören, und nicht an anderen Stellen herumkumpeln, und schließlich kann bei Ungehörigkeiten und Verstörungen am Material sofort die betreffende Firma, durch deren Leute das geschehen ist, festgestellt und hafbar gemacht werden.

Der Arbeiter ist also in seiner individuellen Bedeutung schon soweit heruntergesunken, daß er im Betriebe sogar seinen Namen verloren hat, wodurch bleibt nur eine Nummer. Wo bleibt da die von Professor Horneffer geprägte Vergeistigung der wirtschaftlichen Arbeit?

Natürlich muß die Arbeitsgemeinschaft für die Unternehmer rentabel sein. Aus diesem Grunde erklärten die deutschen Papiererzeugungs-Industrien und deren Arbeitgeberverbund die Tätigkeit an den Papiermaschinen als Arbeitsbereitschaft und begründeten damit die Bezeichnung der Arbeitszeit auf täglich 12 Stunden. Wenn nun Generaldirektor Gottstein glauben darf, haben uns auch in dieser Beziehung die Amerikaner bereits in den Schatten gestellt. Gearbeitet wird an den amerikanischen Papiermaschinen überhaupt nicht mehr, es wird vielmehr nur noch Sport getrieben. Über diesen amerikanischen Arbeitsplatz berichtete Gottstein folgendermaßen:

Auch in die Papierfabrikation wird teilweise amerikanischer Sportgeist hineingebracht. In einigen Fabriken wird die durchschnittliche monatliche Meterzahl jeden Tag am Kalender jeder einzelnen Maschine angegeschlagen. Die Maschinenführer jeder Maschine machen sich einen Sport daraus, sich gegenseitig in der Geschwindigkeit ihrer Maschinen zu schlagen.

Die Arbeitsbereitschaft war in der deutschen Papiererzeugungsindustrie produktivitätsmäßig bisher schon nicht viel wert, daher kam in der Papiererzeugungsindustrie bezüglich Hungerlöhn. Der Sportgeist wird in allgemeinen in Deutschland überhaupt nicht bezüglich, im Gegenteil, die einzelnen Sportler lassen ihrem Verein noch Zeitraße. Ein solcher Sportgeist wie den amerikanischen auf die Feldmühle angewandt, müßte die tenable Erscheinung jeffigen, doch die Sportleistung an den Papiermaschinen überhaupt nicht mehr bezüglich werden braucht, die ja sonst anfallenden Sportbeiträge könnten ja der gelben Werksvereinigung der Feldmühle zugute kommen. Sonderbarweise wird aber der amerikanische Sportgeist in der dortigen Papiererzeugungsindustrie wesentlich häufiger als in Deutschland die Arbeit in der amerikanisierten Feldmühle, und so ist es auch nur zu erklären, daß selbst Generaldirektor Gottstein die weißen Lente in eigenen Taten zur Arbeitsstelle kommen läßt.

Bei den meisten Arbeitern der Feldmühle würde ohne Hilfe der Krankenkasse das Einkommen noch nicht einmal zur Befriedigung der Hungerspeit, gewöhnige zur Aufzehrung eines Autos reichen. Von diesen Ersparnissen aus betrachtet, scheint die amerikanische Arbeitsgemeinschaft trotz allem Sportgeist für die amerikanischen Arbeiter deutlich recht rentabel zu sein. Von dieser Rentabilität der Arbeitsgemeinschaft wollen aber die deutschen Papiererzeugungsindustrien, um allerwendigsten über die Feldmühle etwas wissen. Amerikanische Arbeitsleistungen sogar mit einer weit größeren Beobachtung als in Amerika — dieses

Eingeschaidnis ist ebenfalls von Gottstein — haben die Feldmühlenarbeiter, verlangen sie aber Löhne, die an die amerikanischen noch lange nicht heranreichen, dann verzichtet selbst die Feldmühlenarbeiter auf die Arbeitsgemeinschaft, weil dann ja den Feldmühlenarbeiter durch Verhängung der Klassenkampfgebote mühsam begebracht wurde. Dann sind die Feldmühlenarbeiter Sozialisten und Bolschewiken mit ihren amerikanischen Kollegen nicht mehr vergleichbar und infolgedessen nicht teil, den Segen der neuen Arbeitsgemeinschaft in der amerikanisierten Feldmühle zu genießen. Wir sind überzeugt, daß die Feldmühlenarbeiter nicht nur auf die Arbeitsgemeinschaft, sondern auch darauf verzichten, nach amerikanischem Muster zur Nummer im Betriebe wirtschaftlich und geistig herabgedrückt zu werden.

G. Stühler.

Der deutsche Papieranhangshandel von 1907 bis 1926.

Über dieses Thema schreibt in dem Ende Dezember 1927 erschienenen Jubiläumsheft "Der Papierfabrikant" Dr. Münz, der Geschäftsführer des Vereins deutscher Papierfabrikanten. Danach ist die Gesamtumschau an Papier von 1907 bis 1918 um 58 Prozent gestiegen. Eine weitere Steigerung machte sich dann in den Jahren 1922 bis 1923, also in der Zeit der stärksten Inflation bemerkbar. Seit 1923 ist die Ausfuhrwachstum um rund 27 Prozent zurückgegangen, und beginnt erst im Jahre 1926 vorübergehend etwas anzusteigen. Die Ausfuhr im Jahre 1927 bleibt voraussichtlich hinter der des Jahres 1926 zurück. In den ersten acht Monaten von Januar bis August 1927 betrug die Ausfuhr 223 247 Tonnen Papier, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 265 118 Tonnen ausgeführt wurden. Der Rückgang, gemessen an der Ausfuhr des Jahres 1926, beträgt demnach 16 Prozent. Die Ausfuhr des Jahres 1926, gemessen an der Produktion der deutschen Papiererzeugung, beträgt 22 Prozent.

Im gleichen Zeitraum von 1907 bis 1913 stieg die Papierausfuhr um 24 Prozent, 1926 blieb die Einfuhr hinter den Vorjahrsjahren zurück.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Ein- und Ausfuhr nach Ländern und nach Mengen für das Jahr 1926 wieder:

Herkunftsland	Menge in Tonnen	Ziel	Menge in Tonnen
Vereinigte Staaten von Amerika	761	Großbritannien	79 028
Schweden	755	Niederlande	58 288
Tschechoslowakei	378	Argentinien	38 954
Großbritannien	363	Rußland	23 320
Belgien	281	Vereinigte Staaten von Amerika	15 831
Finnland	175	Brasilien	14 696
Niederlande	124	Belgien	12 974
Frankreich	108	Britisch-Indien	11 126
Andere 37 Länder zusammen	220	Italien	10 337
Insgesamt 3165		Dänemark	9 852
		Chile	9 567
		Spanien	8 729
		Abrige 78 Länder zus.	79 371
		Insgesamt	372 071

Die Ausfuhr von Packpapier stieg von 1907 bis 1913 um 84 Prozent, die Schreibpaperausfuhr um 47 Prozent und die Druckpaperausfuhr um 39 Prozent. Der Rückgang der Ausfuhr seit 1924, also nach Beendigung der Inflation, betrifft bei Schreibpapier 42 Prozent, bei Druckpapier 30 Prozent und bei Packpapier ebenfalls 30 Prozent.

Die gesamten Ausfuhrzahlen beweisen, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe gezwungen ist, einen nicht unbedeutlichen Teil ihrer Produktion auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Niederschrift über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 23. Januar 1928 zu Berlin.

Anwesend sind:

1. als Arbeitgeberbeisitzer die Herren: Buchholz, Bickling, Dr. Leopold, Dr. Winkelried;
2. als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren: Gräß, Lins, Nickel, Stühler.

Vorstand funktionsgemäß: Herr Rössler; Schriftführer funktionsgemäß: Herr Dr. Leopold.

I.

Antrag der Gauleitung Dresden des Fabrikarbeiterverbandes betreffend Entscheidung über die Ortsklassenzugehörigkeit der Firma Kipping & Seideler, Hartmannsmühle.

Für die Arbeitgeberseite erscheint Herr Dr. Schuhhart, für die Arbeitnehmerseite Herr Nickel.

Es wird zur Sache verhandelt.

Ein Spruch kommt wegen Stimmgleichheit nicht zu Stande.

II.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes auf Entscheidung, ob der Akkordlohnstreit bei der Schröderschen Papierfabrik, Golzern, ein Streitfall grundsätzlicher Art ist.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Schuhhart und Schwabe, für die Arbeitnehmerseite Herr Boenisch.

Es wird zur Sache verhandelt.

Das Tarifamt traf folgende Entscheidung:

Der Akkordlohnstreit bei der Firma Schrödersche Papierfabrik, Golzern, ist kein Streitfall von grundsätzlicher Bedeutung.

Begründung:

Die Verhandlung hat ergeben, daß es sich bei dem Streitfall darum handelt, daß einzelne Kolonnen der im Akkord arbeitenden Papierarbeiterinnen in einzelnen Lohnperioden nicht den Stundenlohn + 20 Prozent verdient haben. Auf welche Gründe dieser Minderlohdienst zurückzuführen ist, sei es auf schlechtes Papier oder Minderleistung der betreffenden Arbeiterinnen oder sonstige Ursachen, ist auf jeden Fall keine Frage von grundsätzlicher Bedeutung und infolgedessen vom Arbeitsgericht zu prüfen und zu entscheiden.

III.

Antrag der Fabrikarbeiterverbände — Hannover — auf Lohnregelung für die Gruppe Hannover.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren v. Tschirschky, Eppen, Tiedemann, Scholze, Eichhoff und Gläser;

für die Arbeitnehmerseite die Herren: Scheinhardt, Schwarz, Bonas, Schmidt, Richter, Baier, Hagenbuch, Kriegelstein und Bäpper.

Auf Arbeitgeberseite schreibt Herr Dr. Leopold als Beisitzer aus, an seine Stelle tritt Herr Dr. Schuhhart.

Es wird zur Sache verhandelt.

Ein Spruch kommt wegen Stimmgleichheit nicht zu Stande.

Literarisches.

"Im Dienste der Erde" heißtet sich ein im Verlag Gebrüder Mann, Berlin, erschienenes Epos von Studienrat Dr. Karl Sch